Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 73. Herford, Freitag, den 26. März 1920 30. Jahrgang

Die politische Lage

Obwohl seit einigen Tagen im Reichstagsgebäude Hochbetrieb eingesetzt hat und alle Fraktionen von früh bis spät tagen, ist eine Klärung der Lage noch nicht eingetreten. Die vorläufige Ministerliste ist zwar ziemlich fertig und das Zentrum hat als Ersatz für Erzberger den Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie, sowie als Ersatz für Mayer-Kaufbeuren den Abgeordneten Wirth präsentiert. Die Demokraten hatten sich auch nach langem Sträuben mit der Besetzung des Reichswehrministeriums durch ihren bisherigen Wiederaufbauminister Geßler einverstanden erklärt. Die übrigen Minister sollten in ihren Aemtern verbleiben. Allein im letzten Augenblick haben die drei Gewerkschaftsverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Berufung auf die mit ihnen vor acht Tagen getroffenen Vereinbarungen Widerspruch gegen die drei Minister Cuno, Schlicke und Schiffer erhoben. Der erstere hat bis vor kurzem der Deutschen Volkspartei angehört, während die beiden andern, wenn auch nur indirekt, an den Verhandlungen mit Kapp und Lüttwitz beteiligt gewesen sind. Durch diesen Einspruch ist eine neue Krisis geschaffen worden. Wird er vom Reichspräsidenten und vom Reichskanzler berücksichtigt, so erhalten die Gewerkschaftsorganisationen ein politisches Vorzugsrecht vor allen übrigen Berufsständen, das völlig undemokratisch ist. Außerdem beschränken sie die verfassungsrechtliche Freiheit des Reichspräsidenten in der Ernennung der Reichsminister in ganz unzulässiger Weise. Geht man dagegen über den Einspruch zur Tagesordnung über, so ist die Gefahr linksrevolutionärer Aufstände, zumal im Hinblick auf die Vorgänge im Ruhrrevier, nicht von der Hand zu weisen. Infolgedessen muß jetzt zunächst über den Einspruch der Gewerkschaften verhandelt und Klarheit geschaffen werden. Vorher soll die Nationalversammlung keine Sitzung abhalten. Infolgedessen ist es zweifelhaft geworden, ob die Nationalversammlung überhaupt noch in dieser Woche tagen kann. Das wäre aber schon deshalb außerordentlich erwünscht, weil in der kommenden Karwoche kaum noch die Möglichkeit für Parlamentssitzungen gegeben ist. So drängt alles auf schleunigste Ueberwindung der Krisis.

Die Meldung von dem Zustandekommen des Reichskabinetts hat sich insoweit bestätigt, als das Kabinett in seiner Gesamtheit im Amte bleibt. Die Besetzung einzelner Ministerposten ist indessen noch immer nicht endgültig bestimmt. Wir verzeichnen nachfolgende Meldungen:

Die Demokraten gegen die 9 Punkte.

Berlin, 25. März. Die Bedenken, die die demokratische Fraktion der Nationalversammlung gegen die neun Einigungspunkte hegte und die zu einer eingehenden Aussprache in der Fraktionssitzung geführt haben, haben jetzt ihren Niederschlag in einer Entschließung gefunden. Die Fraktion erklärt darin, daß sie die neun Punkte in der vorgeschlagenen Form nicht anerkennen könne, zumal die Punkte 1, 4, 6 und 7. Die Fraktion will diese Punkte jedenfalls nur unter Vorbehalt und unter der Voraussetzung annehmen, daß sie so formuliert werden, daß die Grundsätze der Demokratie und der Verfassung mehr berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang teilt die „Voss. Ztg." mit, ihr werde aus Gewerkschaftskreisen geschrieben, daß bisher ein Einvernehmen zwischen der Regierung, den Mehrheitsparteien, der Nationalversammlung und den Gewerkschaften über die Frage der Regierungsbildung noch nicht hergestellt worden sei. Die Beibehaltung einer Koalitionsregierung beruhe lediglich auf interfraktionellen Besprechungen. Gegen die vorgeschlagenen Personen des neuen Kabinetts, besonders gegen den Reichswehrminister und den Arbeitsminister, seien in der gestrigen Gewerkschaftssitzung Einwände erhoben worden.

Die Demokraten kündigen ihren Austritt an.

TU. **Berlin**, 26. März. (Drahtmeldung.) Die demokratische Fraktion erklärte sich mit Schiffer solidarisch und kündigte den Austritt der demokratischen Minister für den Fall an, daß die Gewerkschaften auf ihrer Forderung bestehen bleiben. Cuno dürfte das ihm angebotene Portefeuille nunmehr ablehnen. Die Mehrheitssozialisten suchen zu vermitteln. Die Verhandlungen dauern an.

Die interfraktionellen Besprechungen.

T.U. **Berlin**, 25. März. Gestern nachmittag haben innerhalb der Fraktionen die Verhandlungen über die zur Zeit schwebenden Fragen ihre Fortsetzung erfahren. Die deutsch-demokratische Fraktion hielt eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand ab, in der sowohl die Personenfrage sowie das Kompromiß mit den Gewerkschaften zur Debatte stand. Nachdem die erstgenannte Angelegenheit bereits in der Vormittagssitzung soweit geklärt war, daß man den entgiltigen Beschluß für Nachmittag erwartete, konnten im wesentlichen die vorliegenden Vorschläge bestätigt werden. Dagegen wird über die bekannten acht Punkte heute noch weiter verhandelt werden. Man darf wohl sagen, daß auch hier eine Einigung erreicht werden dürfte, besonders da man im Zentrum die Tendenz verfolgt, daß der Zeitpunkt für eine prinzipielle Auseinandersetzung und Beurteilung der Abmachungen vom 20. März im Grunde erst später eintreten wird, da ein großer Teil dieser Punkte zur Zeit in eigentlichem Sinne gar nicht aktuell ist, sondern erst im neuen Reichstag zur Erörterung stehen wird.

Das Neueste vom Tage.

Laut „Intransigeant" betragen die Kosten für die Besatzungstruppen im Rheinland und in den der Volksabstimmung unterworfenen Gebieten für 1920 etwa 700 Millionen Franken; davon entfallen auf die Besatzung der Rheinlande rund 568 Millionen Franken.

Der Finanzausschuß des bayerischen Landtages genehmigte den Staatsvertrag über den Uebergang der bayerischen Staatseisenbahnen an das Reich.

Der Wirkliche Geheime Legationsrat des auswärtigen Amtes Zahn ist zum deutschen Vertreter in Rom ernannt worden.

Die englische Regierung trifft alle Vorsichtsmaßnahmen für den Fall eines Streikes der Bergarbeiter.

Ueber Dublin ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Vizekönig French hat die Militärdiktatur über ganz Irland verkündet. Es werden überall außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt.

Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London, daß im Unterhause ein Gesetzantrag über Homerule für Schottland eingebracht wurde.

Der ständige Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs veröffentlicht in der Humanité einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, in dem er eintritt für die Unterstützung der deutschen Arbeiter, die für ihre zweite Revolution kämpften.

Nach Meldungen aus Barcelona ist der Eisenbahnerstreik in Spanien beendet.

Churchill erklärte im Unterhause unter Beifall, früher sei es die Stärke Deutschlands gewesen, die eine Gefahr für Europa gebildet habe, seit achtzehn Monaten bedeute jedoch die Schwäche Deutschlands eine Gefahr.

Einem drahtlosen bolschewistischen Bericht von der Kaukasusfront zufolge, sind etwa 16 000 feindliche Soldaten in den Steppen erfroren.

Eastern Srevice berichtet aus Tokio, daß dort Gerüchte über eine Revolution in China im Umlauf seien. Auf allen Bahnen der chinesischen Ostbahn herrscht Ausstand. Tausende von chinesischen Soldaten haben das Sowjetheer verlassen und auf ihrem Wege nach China sibirische Städte geplündert.

Wieder ein Koalitionskabinett in Preußen.

TU. **Berlin**, 26. März. (Drahtmeldung.) Auf Grund des Aktionsprogramms der Unabhängigen hatte die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung beschlossen, die Abgeordneten Graef Limbertz und Brandenburg zur Fraktion der Unabhängigen zu entsenden, um mit ihr über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu unterhandeln. Die Unabhängigen haben jedoch erklären lassen, daß sie nur an einer reinsozialistischen Regierung teilnehmen würden. Infolgedessen ist der Versuch einer gemeinsamen Kabinettsbildung mit den Unabhängigen als gescheitert anzusehen. Es wird in Preußen bei der Koalitionsregierung bleiben. Das Präsidium wird wahrscheinlich Franz Krüger übernehmen.

Severing preußischer Minister des Innern.

TU. **Berlin**, 26. März. (Drahtmeldung.) Die gestrige Sitzung der Mehrheitsfraktionen im preußischen Landtag gestaltete sich sehr schwierig. Die Verhandlungen dauerten bis in den späten Abend. Zum Minister des Innern ist der bisherige Staatskommissar Severing ernannt worden.

Keine Demission der preußischen Regierung.

wtb. **Berlin**, 25. März. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht die Meldung, daß Ministerpräsident Hirsch die Demission des preußischen Kabinetts überreicht habe, nicht den Tatsachen.

Der Zusammenbruch des Militärputsches.

Der Militärputsch des konservativen Desperators Dr. Kapp, des Begründers der Deutschen Vaterlandspartei, ist elend zusammengebrochen. Aber unter den Wirkungen seiner Husarenpolitik werden wir noch lange zu leiden haben. Gestützt auf eine kleine Militärmacht, hat er in der Nacht zum Sonnabend, den 13. März, sich in Berlin zwar in den Besitz der öffentlichen Gebäude setzen können, eine sogenannte Regierung gebildet und sich zum Reichskanzler ernannt. Aber schon am Sonntag mußte er die Aussichtslosigkeit seines Staatsstreiches einsehen und erkennen, daß es ihm unmöglich sei, mit wenigen tausend Soldaten, auch wenn sie noch so gut bewaffnet waren, einem Volk von 60 Millionen seinen Willen aufzuzwingen. Schon am Sonntag, den 14. März, nachmittags hat Dr. Kapp in der Voraussicht des Zusammenbruchs sein angemaßtes Amt als Reichskanzler wieder preisgeben wollen, aber Militärs, die noch schärfere Draufgänger waren als er, haben ihn zurückgehalten: Nachdem er sich einmal auf das Unternehmen eingelassen habe, müsse er aushalten bis zum bittren Ende.

Als Vorwand für den hochverräterischen Versuch, den Kurs des Reichsschiffes nach rechts zu lenken und die auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaute neue Reichsverfassung zu stürzen, hat Dr. Kapp zunächst angegeben, eine Reihe von Ministern durch Fachleute zu ersetzen. Er hatte nicht den Mut einzugestehen, daß er die Wiedereinführung der Monarchie bezwecke. Der Monarchist verwahrte sich sogar gegen diesen Gedanken. Er behauptete, das Volk zur Arbeit und Ordnung zurückführen zu wollen. Als ob er nicht gerade im Augenblick der Gesundung unserer wirtschaftlichen Zustände die Ordnung und Arbeit aufs schmählichste vergewaltigt hätte.

Mit Lügen hat die Regierung des sogenannten Reichskanzlers Kapp ihre Herrschaft begonnen. Mit Lügen suchte sie sich zu halten. Die Pressefreiheit wurde vollständig unterdrückt. Zeitungen durften in Berlin überhaupt nicht erscheinen. Dafür aber verbreiteten die diesem „Piraten der öffentlichen Meinung" ergebenen Zeitungen in ihren Aushängen Nachrichten, als ob sich seine Stellung im Lande befestige.

Gleich der Nationalversammlung wurde auch die verfassunggebende preußische Landesversammlung — letztere einfach „in Anbetracht der politischen Lage" — aufgelöst, obwohl ihr bisher auch der Entwurf einer Verfassung noch nicht vorgelegt worden ist.

Die Deutschnationalen erheben heute Vorwürfe gegen die Reichsregierung, weil diese nicht den Versuch gemacht hat, die Meuterei des von Kapp zum Truppen-Kommandanten ernannten Lüttwitz mit bewaffneter Hand niederzuschlagen. Die Regierung Ebert-Bauer verdient Dank, daß sie Blutvergießen zu vermeiden bestrebt war. Wenn sich auch aus der vorübergehenden Verlegung des Sitzes der Regierung nach Dresden und dann nach Stuttgart manche Schwierigkeiten ergeben haben: Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Mitglieder der Regierung Recht getan haben, sich der Festnahme am Sonnabend morgen zu entziehen und dadurch dem Militärdiktator sofort die wirksamste Waffe aus der Hand zu schlagen. Dr. Kapp sah sich dann auch veranlaßt, am Sonnabendnachmittag den in Berlin zurückgebliebenen Reichsjustizminister Schiffer und die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums wieder frei zu lassen.

Vollends getäuscht hat sich Dr. Kapp in der Wirkung seines Handstreichs auf die Massen: Nicht ein allgemeiner Aufstand des Volkes, den er hätte niederkartätschen können, war die Antwort auf seinen Hochverrat, sondern die Anwendung der weit wirksameren Waffe der nationalen Arbeitsruhe. Der Aufruf zum allgemeinen Generalausstand wurde überall verstanden und befolgt. Die Hochverräter hatten Unruhen erwartet und trafen nun eine für sie unheimliche Ruhe, gegenüber der sie machtlos waren. Machtlos waren sie auch gegen die Anordnung der alten Regierung, daß Beamte, die an Kapp und seine Leute Geld auszahlten, regreßpflichtig gemacht werden würden; machtlos auch gegen die Unterstaatssekretäre, die einstimmig erklär-

ten, daß sie „ihre Aemter ausschließlich im Auftrag des verfassungsmäßig gebildeten Reichsministeriums" führen würden.

Bei den Mehrheitsparteien traf Dr. Kapp natürlich einmütigen Widerstand. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten sind in diesen Tagen durchaus einmütig vorgegangen.

Der Mehrheitsausschuß der Nationalversammlung hat schon am 13. März einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, „daß der Militärputsch einen verbrecherischen, mit aller Kraft zu bekämpfenden Verfassungsbruch, eine Zerstörung des wieder gesundeten Wirtschaftslebens, sowie die Bedrohung des inneren und äußeren Friedens bedeutet". Der Mehrheitsausschuß stellte fest, daß die einzige gesetzliche Autorität die Nationalversammlung und die von ihr eingesetzte Regierung ist und bleibt.

Die Mitschuldigen.

Kapp verschwand am Dienstag, den 16. März, und General von Lüttwitz mußte am Mittwoch, den 17. März, bedingslos kapitulieren. Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß die Kapitulation ordnungslos erfolgte. Schließlich waren es gerade Offiziere, die ihm den Ernst der Lage darlegten und seinen Rücktritt forderten. So wurde er sogar von den Truppen verlassen und preisgegeben.

Einer der Generäle rief Lüttwitz zu: Ich bin Ihr Untergebener, Sie können mich erschießen, aber Sie müssen weg, das Vaterland verlangt es!

Schon vorher hatte, nachdem der Befehl der Regierung Kapp auf Zahlung von 10 Millionen aus der Reichskasse mit Fug und Recht verweigert und ebenso für die Anweisung an die Reichsbank, diese 10 Millionen herauszugeben, keine Unterschrift gegeben war, ein an dem Staatsstreich beteiligter General dem General von Lüttwitz auf die Aufforderung, mit drei Panzerautos diese Millionen von der Reichsbank trotzdem zu holen die Antwort gegeben: Ich bin kein Räuber oder Plünderer!

Jetzt behaupten die Deutschnationalen, daß die Führer der Mehrheitsparteien den Kapp, Lüttwitz und Genossen Zugeständnisse gemacht hätten und daß daraufhin erst die Kapitulation von Lüttwitz erfolgt sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Mehrheitsparteien in einer interfraktionellen Besprechung ein Vermittlungsangebot Kapps, in dem er acht Forderungen aufgestellt hatte, rundweg abgelehnt haben. Sie haben bei einer Besprechung über den materiellen Inhalt der Forderungen festgestellt, daß die Abhaltung der Reichstagswahlen spätestens in zwei Monaten, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und die Umbildung der Regierung lediglich Forderungen der Stunde sind, die nach den Ereignissen seit dem 13. März zu Selbstverständlichkeiten geworden waren.

Das Strafgesetzbuch bedroht den Hochverrat mit harten Strafen. Diese müssen gegen die Verbrecher Kapp und Lüttwitz in vollem Umfang zur Anwendung kommen. Denn sie haben am deutschen Volk ein Verbrechen verübt, wie es nichtswürdiger kaum erdacht werden könnte. Dann aber wird, sobald als möglich, bei den Neuwahlen zum Reichstag das Volksgericht das Urteil sprechen über die Freunde der Hochverräter und über die Parteien, die in diesen schweren Tagen lau befunden worden sind und vorsichtig bei Seite gestanden haben, abwartend, nach welcher Seite sich der Erfolg neigen wird. Diese Erfolganbeter sind mitschuldig an dem Verbrechen, dessen Furchtbarkeit nur übertroffen wird durch seine Sinnlosigkeit.

*

Noch kein Haftbefehl gegen Ludendorff.

TU. **Berlin,** 25. März. Zu den von verschiedenen Seiten verbreiteten Nachrichten über einen gegen den General Ludendorff erlassenen Haftbefehl erfährt das „Berl. Tagebl." von gut unterrichteter Seite: Es ist unzutreffend, daß gegen den General Ludendorff bereits ein besonderer Haftbefehl ergangen ist. Die Behörden sind jedoch nach der Erklärung der Regierung, alle Schuldigen am Putsch zur Bestrafung zu bringen, angewiesen, auch auf die Person des Generals Ludendorff, dessen Teilnahme und Unterstützung einwandfrei feststeht, ihr Augenmerk zu richten. Da aber Ludendorff nicht unmittelbar an der sogenannten Kapp-Regierung beteiligt war oder bei irgend welchen Amtshandlungen der Regierung Kapp-Lüttwitz hervortrat, glaubte die Regierung bisher von einem besonderen Haftbefehl absehen zu müssen.

Zur Verhaftung des Admirals v. Trotha.

TU. **Berlin,** 25. März. Admiral v. Trotha, über den wegen Teilnahme an der Kapp-Verschwörung die Schutzhaft verhängt worden ist, erklärt in einem Schreiben an den Reichswehrminister, er bitte um Einleitung einer Untersuchung gegen ihn, da in der Oeffentlichkeit und von amtlichen Stellen die schwersten Vorwürfe gegen ihn verbreitet würden. Trotha war am Abend vor dem Putsch nach Döberitz entsandt worden und soll von dort den Bescheid gebracht haben, daß keine unmittelbare Gefahr bestehe.

Zur Lage im Ruhrrevier.

Duisburg, 24. März. Nicht weniger als 65 Mark täglichen Sold sowie Verpflegung und soweit möglich, Ersatz für Kleidungsstücke erhalten laut „K. Z." in Duisburg nach einer Anordnung des revolutionären Vollzugsrats die Kampftruppen vom Tage ihrer Anwerbung an. Die Mitglieder der Arbeiterwehr für den Sicherheitsdienst und die übrigen im Dienste des Vollzugsrats arbeitenden Personen erhalten 40 Mark täglich und freie Verpflegung, weibliche Personen 30 Mark. Der Betrag ist von der Stadtkasse an den Vollzugsrat unverzüglich anzuweisen. Die Stadt ist, wie der Vollzugsrat gleichzeitig beschlossen hat, ermächtigt, die Kosten für die Löhne und die Verpflegung von den Unternehmern anzufordern. Auch die Streiktage sind von den Unternehmern zu bezahlen; es ist der volle Lohnausfall zu entschädigen. Gestern wurde ein neuer Aktionsausschuß von je fünf Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien gebildet. Die Polizei erhält wieder Waffen, Seitengewehre und Schußwaffen, und versieht mit der Sicherheitswehr den Dienst in den Straßen.

Essen, 25. März. Heute nachmittag tagte hier eine Versammlung der Vertreter sämtlicher Vollzugsräte aus Rheinland und Westfalen, an der auch Vertreter der Gefechtsleitung teilnahmen. Es wurde Stellung zu den Bielefelder Beschlüssen und Vorschlägen genommen und die militärische Lage besprochen. Nach mehrstündigen Beratungen wurde folgende Entschließung angenommen: Es ist sofort ein Bezirksrat zu wählen, der nach Einvernehmen mit der militärischen Leitung und den Truppenvertretern zu Verhandlungen und Beschlüssen ermächtigt ist. Sitz des Bezirksrates ist Essen. Die Beratungen werden sofort aufgenommen. Morgen vormittag findet in Hagen eine Versammlung der Vertreter der Vollzugsräte und der politischen Parteien statt.

Giesberts' Bericht über die Bielefelder Verhandlungen.

T.U. **Berlin,** 25. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist die unter Führung des Reichsministers Giesberts stehende Abordnung der Reichsregierung wieder in Berlin eingetroffen. Heute mittag erstattete Reichsminister Giesberts über das Ergebnis der Bielefelder Verhandlungen dem Reichskabinett Bericht. Im allgemeinen entsprechen die bisherigen Veröffentlichungen über das Bielefelder Abkommen den Tatsachen. Nach Mitteilungen der zuständigen Stellen ist der größte Teil der Aktionsausschüsse des Ruhrreviers bereit, das Bielefelder Abkommen anzuerkennen. Infolge der noch immer andauernden Kämpfe hat sich die Reichswehr entschlossen, bei Lünen vorzugehen, um Wesel zu entsetzen. Die von der Leitung der roten Armee verbreitete Meldung von dem Falle der Festung Wesel wird von der Berliner Regierung als unzutreffend bezeichnet.

wtb. **Hagen,** 25. März. Der Aktionsausschuß Hagen erläßt eine Erklärung, in der er die von der Waffenstillstandskommission in Bielefeld aufgestellten Richtlinien anerkannt und sämtliche Aktionsausschüsse aufgefordert werden, eine gleiche Erklärung abzugeben, für die Durchführung dieser Bedingungen im Rahmen derselben Sorge zu tragen und die wilden ungesetzlichen Beschlagnahmen insbesondere von Lebensmitteln im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung unbedingt zu unterlassen. Nur so wird es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und unendliches Unheil abzuwenden.

Abordnungen aus dem Ruhrrevier in Holland.

wtb. **Haag,** 24. März. Wie das Korrespondenzbüro meldet, sind im Haag der Stadtverordnete von Essen, Dr. Helm, der Bergarbeiterführer Otto Hue und noch zwei andere Abgeordnete der rheinisch-westfälischen Städte eingetroffen, um mit der niederländischen Regierung über die sofortige Versorgung des Ruhrgebiets mit Lebensmitteln zu verhandeln. Dr. Helm und Hue teilten mit, daß in Dortmund überhaupt kein Brot mehr vorhanden sei und die Versorgung anderer Städte des Ruhrgebietes nur noch für einige Tage gewährleistet sei, sodaß, wenn nicht sofort nach dem Zustandekommen des Friedens zwischen den augenblicklichen Machthabern im Ruhrgebiet und der Reichsregierung, eine größere Menge von Lebensmitteln nach diesem Gebiet gebracht wird, mit einem Chaos gerechnet werden muß. Dr. Helm sagte, unter dem Eindruck dieser entsetzlichen Lage sind wir hierher gekommen, um die Hilfe der niederländischen Regierung anzurufen.

Vorsichtsmaßnahmen Hollands.

wtb. **Amsterdam,** 24. März. Telegraaf zufolge hat die Niederländische Regierung infolge der Ereignisse in Deutschland ausgedehnte Maßregeln ergriffen, sowohl um im Innern des Landes die Ruhe aufrecht zu erhalten, als auch um etwaige Streifzüge roter deutscher Truppenabteilungen zwecks Auftreibung von Lebensmitteln in die Niederlande abzuwehren. Es ist den niederländischen Behörden bekannt, daß zwischen spartakistischen Führern im westlichen Industriegebiet und niederländischen Kommunisten Fühlung besteht.

Aus dem Reiche.

In Mitteldeutschland wieder Ruhe.

Halle (Saale), 25. März. Die Lage hat sich heute mittag wesentlich entspannt, da der Militärbefehlshaber von Halle sich bereit erklärt hat, diejenigen, die entgegen dem Abkommen in den letzten achtundvierzig Stunden verhaftet wurden, wieder freizulassen. Nur sechzehn Personen sollen in Haft behalten werden. Sie haben sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht. Günstigen Eindruck hat es gemacht, daß die Verhängung des Standrechtes durch den Militärbefehlshaber von Halle auf telegrafischen Befehl von Berlin wieder aufgehoben wurde. Es werden augenblicklich auf den Straßen Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiterorganisationen den Abbruch des Generalstreiks empfehlen. Morgen, Freitag, wird wahrscheinlich die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Gotha, 25. März. Die Reichswehrbrigade Rumschöttel ist heute mittag kampflos eingerückt.

Erfurt, 25. März. Die Stadt ist ruhig. Die Zeitungen erscheinen wieder. Die Straßenbahnen verkehren nicht, da der Generalstreik noch nicht endgültig abgebrochen ist.

Bewaffnete Banden in Pommern.

Nach dem Lokalanzeiger treten in Vorpommern und im südöstlichen Mecklenburg bewaffnete Banden auf. In Gnoien und Belgard haben schwere Kämpfe zwischen Spartakisten und Reichswehrtruppen stattgefunden. Die Linie Greifswald-Wogast ist in den Händen bewaffneter Arbeiter unter Führung Berliner Kommunisten. Die Telefonleitungen zwischen Greifswald und Stralsund sowie in ganz Vorpommern sind durchschnitten. Die Strecke Berlin-Stettin ist wieder fahrbar, nachdem die Verhandlungen mit den Spartakisten, die den Bahnhof Eberswalde besetzt halten, zur Einigung geführt haben.

Eine Kommunistentagung in Mannheim.

TU. **Mannheim,** 25. März. Am Montag fand hier eine von etwa 150 Kommunisten aus ganz Baden besuchte Kommunistentagung statt, auf der die vor kurzem aus dem Gefängnis entführte Agitatorin Rosa Wolfstein eine Rede gegen die Landes- und die Reichsregierung hielt. Die Tagung beschloß den weiteren Ausbau der revolutionären Arbeiterräte. Mehrere Delegierte erklärten, daß in Karlsruhe, Freiburg und Stuttgart alles zum Losschlagen bereit sei. Die kaufmännischen und technischen Angestellten der größen Mannheimer Fabriken haben gestern durch Abstimmung mit erdrückender Mehrheit es abgelehnt, sich an dem neuen revolutionären Betriebsrätegesetz zu beteiligen. Auch der

Zwischen Himmel und Erde.

19) Erzählung von Otto Ludwig.

Er hat die Frau bis jetzt geliebt, wie er alles tat, wie er selbst war, oberflächlich — und jovial. Das Gewissen hat seine Seele ausgetieft. Die Furcht vor dem Verlust hat ihn ein ander Lieben gelehrt. Das Lieben lehrte ihn wiederum ein ander Fürchten. Hätt' er sie früher so geliebt, wie jetzt, ihre tiefste Seele hätte sich ihm vielleicht geöffnet, sie hätte auch ihn geliebt. Sie haben Jahre zusammen gelebt, sind nebeneinander gegangen, ihre Seelen wußten nichts voneinander. Dem Leibe nach Gattin und Mutter ist ihre Seele ein Mädchen geblieben. Er hat die tieferen Bedürfnisse ihres Herzens nicht geweckt, er kannte sie nicht; er hätte sie nicht befriedigen können. Er erkennt sie erst, wie sie sich einem Fremden zuwenden. Er fühlt erst, was er besaß, ohne es zu haben, nun es einem anderen gehört. Mit welcher Empfindung sieht er die Knospe ihres Angesichts sich entfalten, die er schon für die Blume hielt! Welch nie geahnter Himmel öffnet sich da, wo er sonst Genüge hatte, sein eigen Spiegelbild zu finden. Und wieviel er sah; all den Reichtum an hingebendem Vertrauen, an Opferfähigkeit, an verehrendem Aufstaunen und dienendem Ergeben zu fassen, der in der Morgenröte dieses reinen Angesichts aufging, war sein Auge, auch krankhaft weit geöffnet, noch zu eng. Sein Schmerz übermannte einen Augenblick seinen Haß. Er mußte sich fortschleichen, um das Geständnis seiner Schuld vor dem Antlitz zu flüchten, dessen Blick er jetzt wie ein Verbrecher fürchtete, so sanft es war.

Gegen Abend wurde die junge Frau plötzlich von zwei Männerstimmen aus ihren Träumen geweckt. Sie saß unfern der verschlossenen Schuppentür im Grase. Fritz war eben mit dem Bruder von der Hintergasse in den Schuppen getreten. Sie hörte, er zog den Bruder mit Wohlgs Anne auf. Anne sei die beste Partie in der ganzen Stadt und der Bruder ein Spitzbube, der die Welt kenne und die Art, die lange Haare und Schürzen trägt. Die Anne nähe schon an ihrer Aussteuer, und ihre Basen trügen die Heirat mit Apollonius von Haus zu Hause. Die junge Frau hörte ihn fragen, wann die Hochzeit sei? Sie hatte sich entfernen wollen; sie vergaß es; sie vergaß das Atmen. Und drauf hätte sie fast laut aufgejubelt: Apollonius sagte, er heirate gar nicht, die Anne nicht, noch sonst eine. Der Bruder lachte. „Drum hast du den Abend deiner Heimkehr nur mit der Anne getanzt und sie heimgeleitet?" „Mit deiner Frau hätt ich getanzt," entgegnete Apollonius. „Du warntest mich, deine Frau würde mir einen Korb geben, weil sie so unwillig auf mich war. Ich wolle nun gar nicht tanzen. Du brachtest mir die Anne und wie du gingst, fragtest du sie, ob ich sie heimbegleiten dürfte. Da konnt ich nicht anders. Ich habe nicht daran gedacht, die Anne —" „Zu heiraten?" lachte der Bruder. „Nun, sie ist auch zum — Spaße hübsch genug und der Mühe wert, sie vernarrt in dich zu machen." „Fritz!" rief Apollonius unwillig. „Aber es ist nicht dein Ernst", besänftige er sich selbst. „Ich weiß, du kennst mich besser; aber auch im Scherz soll man einem braven Mädchen nicht zu nah treten." „Bah", sagte der Bruder, „wenn sie es selbst tut. Was kommt sie uns in's Haus und wirft sich dir an den Kopf?" „Das hat sie nicht", entgegnete Apollonius warm. „Sie ist brav und hat sich nichts Unrechtes dabei gedacht." „Ja, sonst hättest du sie zurechtgewiesen", lachte Fritz, und es lag Hohn in seiner Stimme. „Wußt' ich", sagte Apollonius, „was sie dachte? Du hast sie mit mir aufgezogen und mich mit ihr. Ich habe nichts getan, was solche Gedanken in ihr erwecken konnte. Ich hätt's für eine Sünde gehalten."

Die Männer gingen ihren Weg wieder zurück. Christianen fiel's nicht ein, sie hätten auch auf den Gang kommen können, wo sie stand. Was von Offenheit und Wahrheit in ihr lag, war gegen ihren Gatten empört. Nicht die Leute hatten ihn belogen; er war selber falsch. Er hatte sie belogen und Apollonius belogen und sie hatte irrend Apollonius gekränkt. Apollnius, der so brav war, daß er nicht über die Anne spotten hören konnte, hatte auch ihrer nie gespottet. Alles war Lüge gewesen von Anfang an. Ihr Gatte verfolgte Apollonius, weil er falsch war, und Apollonius brav. Ihr innerstes Herz wandte sich von dem Verfolger ab, und dem Verfolgten zu. Aus dem Aufruhr all ihrer Gefühle stieg ein neues heiliges siegend auf, und sie gab sich ihm in der vollen Unbefangenheit der Unschuld hin. Sie kannte es nicht. Daß sie es nie kennen lernte! Sobald sie es kennen lernt, wird es Sünde. — Und schon rauschen die Schritte durchs Gras, auf denen die unselige Erkenntnis naht.

Fritz Nettenmair mußte seine neue Scheidemauer aufbauen, ehe er den Bruder zu seinem Weibe führte. Deshalb kam er. Sein Gang war ungleich; er wählte noch und konnte sich nicht entscheiden. Er wurde noch ungewisser, als er vor ihr stand. Er las, was sie fühlte, von ihrem Antlitz. Es war zu ehrlich, um etwas zu verschweigen. Es kannte zu wenig, wovon es sprach, um zu denken, es müßte dies verbergen. Er fühlte, mit den alten Verleumdungen werde er nichts mehr bei ihr vermögen. Er konnte sie über ihre Gefühle aufklären, sie dann bei ihrer Ehre, bei ihrem weiblichen Stolze fassen. Er konnte sie zwingen — wozu? Zur Verstellung? Zum Leugnen? Zur Verheimlichung, wenn sie einmal wußte, was sie wollte? Würde sie nicht zu sich sagen: den Betrüger betrügen, das Gestohlene heimlich wieder nehmen, ist kein Betrug, kein Diebstahl. Das war's! Das Bewußtsein seiner Schuld verfälschte ihm die Dinge, die Menschen. Er kannte das starke Ehrgefühl seiner Frau, wie die bis zum Eigensinn feste Rechtlichkeit des Bruders und er hätte beiden in allem getraut; nur in dem einen traute er ihnen nicht, wo er das Gefühl hatte, er habe es verdient, von ihnen betrogen zu sein. So zog er doch den Weg vor, den er bis jetzt gegangen. Er machte einen kleinen Umweg über des „Federchensuchers Narrheiten". Er wußte, kleine Lächerlichkeiten sind geschickter eine werdende Neigung zu vernüchtern, als große Fehler. Er agierte Apollonius, wie er den Weg, den er mit einem Lichte gemacht, noch einmal zurückging, aus Sorge, er könnte einen Funken verloren haben. Wie es ihn bei Nacht nicht ruhen ließ, wenn ihm einfiel, er hatte bei einer Arbeit seinen gewöhnlichen Eigensinn vergessen, oder ein Arbeiter hatte das strenge Wort nicht verdient, das er, vom Drange der Geschäfte erhitzt, gegeben. Wie er aus dem Bette aufgesprungen, um ein Lineal, das er im schiefen Winkel mit der Tischkante liegen lassen, in den rechten zu rücken. Dabei strich und blies Fritz Nettenmair sich eingebildete Federchen von den Aermeln. Er sah wohl, seine Mühe hatte den verkehrten Erfolg. Gereizt dadurch griff er zu stärkeren Mitteln. Er bedauerte die arme Anne, die Apollonius durch Scheinheiligkeit in sich vernarrt gemacht; und er zählte, auf wie gemeine Weise er sie öffentlich verspotte. Auf den Wangen der jungen Frau war ein dunkles Rot aufgestiegen. Offene, naive Naturen haben einen tiefen Haß gegen alle Falschheit, vielleicht weil sie instinktmäßig fühlen, wie waffenlos sie vor diesem Feinde stehen. Sie zitterte vor Erregung, als sie aufstand und sagte: „Du könntest das tun, du; er nicht." Fritz Nettenmair schrak zusammen. In dem Anblick der Gestalt, die voll Verachtung vor ihm stand, war etwas, das ihn entwaffnete.

(Fortsetzung folgt.)

größte Teil der Arbeiterschaft hat sich gegen die Diktatur von links in den Fabriken ausgesprochen.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. März. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt stattfand, wurde zunächst die Vorlage über die Aburteilung der mit dem Hochverratsunternehmen vom 13. März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte angenommen. Der Reichsrat erklärte sich mit dem Kapitalertragssteuergesetz, dem Landessteuergesetz, dem Reichseinkommensteuergesetz und dem Körperschaftssteuergesetz nach den Beschlüssen der Nationalversammlung einverstanden.

Berlin, 25. März. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses findet die nächste Sitzung der Nationalversammlung am Freitag nachmittag 3 Uhr statt. Es wird mit einer Tagungsdauer von drei bis vier Tagen gerechnet, da außer dem Notetat, der zu einer großen politischen Aussprache Veranlassung geben wird, noch die Besoldungsvorlage, das Verreichlichungsgesetz und andere Vorlagen wenigstens in erster Lesung erledigt werden sollen.

Ein neuer Vorstoß der Sonderbündler.

TU. **Duisburg,** 25. März. Die Berliner Vorgänge sind nicht ohne Folgen auf die Abtrennungspolitik gewesen. Die Anhänger einer Rheinlandrepublik halten die augenblickliche Zeit zu einem neuen Versuch für günstig. Dorten hat Wiesbaden und Mainz besucht und dort Besprechungen mit den Vertretern Frankreichs über die jetzt zu unternehmenden Schritte gefaßt. Es wurde in Koblenz ein Werbebureau errichtet, da nicht mehr Köln, sondern diese Stadt den Ausgangspunkt der Bewegung bilden soll. In allen Städten wurden wieder Versammlungen angekündigt und Flugblätter verteilt, die zur baldigen Bildung der Rheinlandrepublik auffordern.

Die deutschen Beamten in polnischen Diensten.

Bromberg, 24. März. Der Staatskommissar für die Uebersiedlung an Polen teilt dem Deutsch-Polnischen Pressedienst mit: Nach den neuesten amtlichen Informationen ist die Verlängerung des deutsch-polnischen Beamtenabkommens nicht endgültig vereinbart worden. Die vorübergehend in Polen in Dienst getretenen deutschen Beamten scheiden daher mit dem 31. März aus.

Englische und skandinavische Kreditgewährung an Mitteleuropa.

TU. **Stockholm,** 25. März. Nach einer Reutter-Meldung finden in den nächsten Tagen in Kopenhagen Verhandlungen zwischen den Vertretern der englischen und skandinavischen Regierungen über die Kreditgewährung an Oesterreich und die anderen mitteleuropäischen Länder statt. Wie das schwedische Außenministerium mitteilt, handelt es sich dabei um Besprechungen rein vorbereitender Art.

Ein Ehrloser.

wtb. **Amsterdam,** 25. März. Wie die Blätter aus Nieuwediep melden, ist der deutsche Minensucher „U. Z. 18" dort von einem niederländischem Torpedoboot eingebracht und vorläufig interniert worden. Dieses zur deutschen Minensucherflotille gehörige Fahrzeug soll desertiert sein und der Kommandant soll versucht haben, es in Amsterdam zu verkaufen.

Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Oesterreich.

Budapest, 24. März. „Az Est" veröffentlicht Aeußerungen des Ministers für nationale Angelegenheiten Dr. Jakob Bleier, der ankündigte, daß seitens der ungarischen Regierung in der Angelegenheit Deutsch-Westungarns ein neuer Schritt bei Oesterreich erfolgen werde, um in dieser Frage endlich eine Vereinbarung zustande zu bringen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

26. März.

Lebensmittel.

Konserven können vom 25. März d. Js. ab auf Warenmarke Nr. 48 je 1 Pfund gekauft werden. Kauffrist: 3. April d. Js. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 10. April d. Js.

Graupen oder Gerstengrütze können vom 29. d. Mts. ab auf Warenmarke Nr. 7 ½ Pfund gekauft werden. Kauffrist: 5. April d. Js. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 8. April d. Js.

Zucker kann vom 30. d. Mts. ab auf Warenmarke 47 1 Pfund gekauft werden. Kauffrist: 6. April d. Js. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 8. April d. Js. — Der nächste Zucker wird voraussichtlich Ende April verteilt werden, da es unmöglich ist, den Zucker infolge der außerordentlich geringen Bestände von den Raffinerien zu erhalten.

Reis kann vom 25. März d. Js. ab in der Markthalle auf die rote Kindernährmittelmarke Nr. 9 und auf den grauen Sonderbezugsschein für werdende Mütter je 1 Pfd. zu 6,80 ℳ gekauft werden. Kauffrist: 6. April.

Wurst von auswärts. Geliefert werden in dieser Woche auf die gültige Fleischzusatzmarke Nr. 1 je 50 Gr. Leberwurst. Das Pfund kostet 5 ℳ. Der Verkauf findet in sämtlichen Schlachterläden und zwar am Freitag, den 26., nachmittags und Sonnabend, den 27. d. Mts., vorm. statt.

Lebensmittelamt der Stadt Herford.

hk. **Umsatzsteuer.** Die Handelskammer zu Bielefeld teilt uns folgendes mit: Auf Grund einer Anordnung des Reichsministers der Finanzen werden die Umsatzsteuerämter für die nach §§ 15 und 21 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 luxussteuerpflichtigen Unternehmer sowie für diejenigen Unternehmer, die nach §§ 25 ff. einer erhöhten Umsatzsteuer von bestimmten Leistungen (Anzeigen, Beherbergungen usw.) unterliegen, den ersten Steuerabschnitt allgemein auf ein Kalenderhalbjahr verlängern. Die erste Steuererklärung über die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 vereinnahmten Entgelte ist daher von diesen Unternehmern erst im Juli 1920 abzugeben. Die Geschäftsleute werden gut tun, alsbald für Rücklagen zu sorgen, um nach Ablauf des ersten halben Jahres Mittel zur Begleichung der dann teilweise beträchtlichen Luxussteuersummen zur Verfügung zu haben.

= **Nicht auf den Rasen setzen!** Diese Mahnung schärfe man in jetziger Zeit, wo das junge Grün auf den Wiesen und Wegrändern so verlockend zum Niedersetzen einladet, den Kindern allen Ernstes ein, wenn sie hinaus eilen ins Freie. Das Erdreich ist zwar trocken, aber kalt und schwere Erkrankungen können die Folge des Niedersetzens sein. Mögen alle Eltern darum obige Mahnung ihren Lieblingen immer und immer wieder mit auf den Weg geben und auf deren Befolgung ein wachsames Auge haben!

= **Volksabstimmung in Kärnten.** Die Landesregierung Kärnten bittet alle im Deutschen Reich lebenden Kärntner, zum Zwecke der bevorstehenden Volksabstimmung ihre Adressen an die Geschäftsstelle des Reichsbundes der Deutschen aus dem früheren Oesterreich-Ungarn, Essen-R., Steelerstraße 17, 3, bekannt zu geben. Die Abstimmungsberechtigten erhalten freie Fahrt und Verpflegung in ihr Heimatsgebiet und zurück. Es ist Ehrenpflicht jedes aufrechten Kärntners sich zu melden und das Seinige zur Erhaltung der alten Heimat beizutragen. Jede gewünschte Auskunft oder Aufklärung erteilt der Reichsbund der Deutschen aus dem früheren Oesterreich-Ungarn, Sitz Essen, Geschäftsstelle Steelerstraße 17, 3. Etage.

= **Frankreich gibt alle Gefangenen frei.** W. T. B. meldet: Die französische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie diejenigen Kriegsgefangenen, die zurzeit noch Disziplinarstrafen zu verbüßen hätten, unter Verzicht auf das ihr nach dem Friedensvertrage zustehende Recht, solche Personen zurückzubehalten, freigeben würde.

= **Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Münster i. W.** Nachdem die Rückführung unserer Kriegsgefangenen im wesentlichen vollendet ist, stellt die Auskunftstelle Münster der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche für die Regierungsbezirke Münster und Minden ihre Tätigkeit mit dem 1. April 1920 ein. Für Auskünfte in Kriegsgefangenen- und Vermißten-Angelegenheiten nach diesem Zeitpunkt wolle man sich an nachstehend angegebene Stellen wenden: 1. Betr. Allgemeine Lage der Gefangenen: Zentral-Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin SW. 11, Scharnhorststraße 35. 2. Betr. Vermißtennachforschung, Beantragung von Todesurkunden und Pflege von Kriegergräbern: Zentral-Nachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48. 3. Betr. Nachforschung im Europäischen Rußland: Deutsches Rotes Kreuz für Gefangenenfürsorge im Osten, Kowno, Gedimino Gatve 11. 4. Betr. Nachforschungen nach Gefangenen in Rußland und Sibirien und zwar unter genauer Angabe der letzten Adresse des Betreffenden: Nordkors Kopenhagen, Christiansborg-Slot.

g. **Neuwahl der Vorstandes des Beamtenbundes** Die Vertreterversammlung des hiesigen Beamtenbundes befaßte sich in ihrer vorgestrigen Sitzung mit der Neuwahl des Vorstandes. Der bisherige zweite Vorsitzende, Telegraphensekretär Werner, bedauerte nochmals unter lebhafter Zustimmung der Versammlung den Angriff auf den früheren Vorstand, der ihn zum Rücktritt gezwungen habe. Durch Stimmzettel wurde Telegraphensekretär Werner mit großer Mehrheit (27 von 38 Stimmen, 8 unbeschrieben) zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die übrigen Herren wurden auf Antrag durch Zuruf gewählt, und zwar Oberlehrer Dr. Bott zum zweiten Vorsitzenden, Kommunalbeamter Böckelmann zum ersten Schriftführer, Oberpostschaffner Schwarz zum zweiten Schriftführer, Straßenmeister Allenstein zum ersten Kassierer und Frl. Lundelm zur zweiten Kassiererin. — Um in plötzlich auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen einig und schnell handeln zu können, wurde ein eigener Aktionsausschuß gewählt, der sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Gütervorsteher Homburg, Reserve-Lokomotivführer Müller, Telegraphensekretär Werner, Oberpostschaffner Hoffmeister, Kriminalwachtmeister Linnemann, erster Stadtsekretär Kiese, Lehrer Landwehrmann und Professor Böckelmann. — Zum Antrage des Magistrats bezw. Besoldung der Magistratsmitglieder und Stadtverordneten wurde, wie folgt, Stellung genommen: Die Vertreter der Beamtenschaft Herfords sprechen sich grundsätzlich gegen eine Besoldung von Ehrenämtern aus. Sollte der Antrag Annahme finden, dann wird bestimmt erwartet, daß eine unterschiedliche Behandlung in der Besoldung vermieden wird.

Alter Brauch am Palmsonntag.

Man schreibt uns aus Bonneberg: In unserer Gegend geht am Palmsonntag die Jugend von Haus zu Haus. Leise schleicht man bis vor die Küchen- oder Stubentür, um dort einen Palmenkranz auf die Türklinke zu hängen. Ist das unbemerkt geglückt, so macht man sich bemerkbar, indem man ruft:

„Ick lösfe de Palm
Mett Holsken, up'm Balken.
Ostern eum Ei, Pinksen tweu."

Schnell läuft man dann davon, denn die Hausbewohner suchen den Rufer mit einer Fülle Wasser zu treffen. Treffen sie ihn nicht, so bekommt der Rufer ein Ei geschenkt, im andern Falle erhält er nichts.

Läßt nun der Hausbewohner auf sich warten, so geht man zum zweiten Male vor die Tür und ruft:

„Lort mui mich sau lange storn,
Ick will norn Hüsken fidder gorn."

Der Volksmund bezeichnet diesen Brauch mit „Palmenlöschen". Ueber die Bedeutung und Geschichte kann ich leider nichts berichten. Vielleicht weiß aber einer der Leser darum.

F. W.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Hameln, 24. März. Ueber eine Million Mark, nämlich 1 018 000 ℳ, hat die letzte Holzversteigerung des städtischen Forstamtes ergeben. Bis zu welcher schwindelnden Höhe emporgetrieben wurden, ist u. a. daraus zu erkennen, daß allein zwei Eichenstämme 21 000 und 23 000 Mark eingebracht haben.

Heisterbach, 24. März. In einer der verflossenen Nächte öffneten Diebe gewaltsam die Gräbergruft der Fürstin zur Lippe. Der Holzsarg des zuletzt dort beigesetzten Fürsten wurde aufgebrochen und in den inneren Zinksarg ein Loch geschlagen. Die Täter sind anscheinend durch Hunde verscheucht worden oder haben infolge des starken Leichengeruches ihr Vorhaben nicht ausführen können. Soweit bis jetzt festgestellt, wurde nichts entwendet.

Schwarmstedt, 23. März. Eine Verbrecherbande aus Hannover gab vor einigen Tagen in Lindwedel bei Schwarmstedt eine Gastrolle. Die Diebe stahlen einem hiesigen Landwirt ein Mutterschwein mit acht Ferkeln, ein etwa 100 Kilogramm schweres Schwein, zwei Gänse, vier Enten und 250 Kilogramm Roggen. Die Diebe versteckten das Diebesgut in dem Hellstorfer Holze, um es von dort am andern Abend fortzuschaffen. Die Hellstorfer Einwohnerwehr, die von dem Diebstahl Kenntnis erhielt, vereitelte diesen Plan. Die Diebe wurden gestellt und zwei von ihnen festgenommen und im Landauer nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Burgwedel gebracht, nachdem sie vorher eine Tracht Prügel erhalten hatten. Es sind fremdländische Arbeiter.

Einzug des neuen Erzbischofs in Köln.

Köln, 25. März. Unter dem Vollgeläut sämtlicher Kirchenglocken nahm der neue Erzbischof Dr. Karl Joseph Schulte heute vormittag Besitz von seiner Kathedrale. Gegen 9 Uhr begab sich der Kirchenfürst in feierlichem Zuge unter Teilnahme des Klerus, zahlreicher Abordnungen, Vereine, Studentenkorporationen vom erzbischöflichen Palais durch die reichgeflaggten, von einer ungeheuren Menschenmenge eingefaßten Straßen zum Dome, wo er ein feierliches Hochamt zelebrierte, an das sich die kirchlichen Einzugsfeierlichkeiten anschlossen. Angesichts der Unruhen im Industriegebiet hatte der Kirchenfürst seinen Weg von Paderborn im Auto nach Köln zurücklegen müssen, wo er gestern vormittag eintraf. Nachmittags fand in feierlicher Weise der Einzug des neuen Oberhirten in den Dom statt. Die Spitzen der Behörden, darunter auch eine Abordnung der britischen Besatzungsabteilung, hatten am Dome zur Begrüßung sich eingefunden. In seinen Dankesworten auf die Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters drückte der Erzbischof die Hoffnung aus, daß bald bessere Zeiten in unser Vaterland, und besonders in die Rheinlande, zurückkehren möchten.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Hamsterern.

In mehreren oberrheinischen Orten kam es in den letzten Tagen zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten und Personen, die sich aus dem Hinterlande Lebensmittel beschafft hatten. An dem Rheinübergang bei Kempten stiegen abends etwa 300 mit Körben, Säcken und Kisten beladene Personen aus. Auf dem Bahnhofe hatten sich Hunderte von Personen eingefunden, die gewaltig gegen die Polizeimannschaften mit Stöcken und Messern vorgingen und den Heimkehrenden freien Durchgang erkämpften.

Kulturelle Verwelschung des Rheinlandes.

Im Aachener Stadttheater werden voraussichtlich die deutschen Schauspielaufführungen am 1. Mai eingestellt. Man rechnet mit dem Uebergang der Bühne an französische Schauspielunternehmungen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:		25. März Geld	25. März Brief	24. März Geld	24. März Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Fl.	2747	2853	2747	2753
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	554½	555½	534½	535½
Christiania	100 Kronen	1373½	1376½	1373½	1375½
Kopenhagen	100 Kronen	1348½	1351½	1348½	1351½
Stockholm	100 Kronen	1578½	1581½	1568½	1571½
Helsingfors	100 finn. Mark	334,60	395,40	389,60	390,40
Italien	100 Lira	389,60	390,40	374,60	375,40
London	1 Pfd. Sterling	287,20	28780,	287,70	287,8
New York	1 Dollar	74,90	75,40	74,90	75,10
Paris	100 Franken	534½	535½	514½	515½
Schweiz	100 Franken	1273¾	1276¼	1273¼	1276¼
Spanien	100 Peseten	1293¾	1301¼	1293¼	1295
Wien alte	100 Kronen	31,97	32,03	34,97	33,0
Wien in Dt.-Oestr. abgest.	100 Kr.	37,21	37,29	35,96	36,0
Prag	100 Kronen	95,40	95,60	94,90	95,10
Budapest	100 Kronen	—	—	—	—

Die Mark steigt trotz der politischen Wirren. Bezeichnend für das Vertrauen, das das Ausland in Deutschland setzt, ist der derzeitige Stand der deutschen Valuta, über den in den letzten Tagen nur spärliche Nachrichten vorlagen. An der Stockholmer Börse wurden am 10. März also vor dem Berliner Putsch, für 100 Mark 6,35 Kronen bezahlt, am 13. März, an dem die Knapp-Truppen in Berlin einzogen, 5,80 Kronen. Nach dem Sturz der Kapp-Regierung am 17. März wurden bereits rund 7,50 Kronen bezahlt. Die Mark hatte damit seit Januar zum ersten Male wieder diesen erfreulich hohen Stand erreicht. Am 20. März schwankte der Kurs zwischen 7,20 und 7,50 Kr.

Continental Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie in Hannover. Am 25. d. Mts. fand im Geschäftshause der Gesellschaft die ordentliche Generalversammlung unter dem Vorsitze des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Julius Mendel, statt. Vertreten waren 58 Aktionäre mit 14 696 Stimmen und einem Aktienkapital von Mark 8 817 600. **Die Tagesordnung wurde glatt** erledigt und die sofort zahlbare Dividende wieder auf 30 Prozent festgesetzt. Der Antrag der Verwaltung betreffend Erhöhung des Grundkapitals um die Mark 30 000 000 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien und um bis Mark 9 600 000 Vorzugsaktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre wurde nach kurzer Aussprache einstimmig genehmigt. Herr Geheimrat Seligmann äußerte sich dann über die gegenwärtige Lage und die Aussichten wie folgt: Die gegenwärtige Lage wäre nicht ungünstig, wenn Ruhe und Frieden herrschten und ungestörte Arbeit geleistet werden könnte. Im großen und ganzen liegen die Verhältnisse heute so, daß wenn ein ungestörtes Arbeiten für die Folge möglich sein wird, wir auch im laufenden Jahre ein Resultat erwarten dürfen, welches nach Lage der Verhältnisse befriedigen wird.

Duderstadt, 24. März. Der Verband eichsfeldischer Tabakbauvereine faßte auf seiner letzten Tagung folgenden Beschluß einstimmig: Die gesamte eichsfeldische Tabakpflanzerschaft schließt sich dem Vorgehen der badischen und württembergischen Pflanzer an und verweigert gleichfalls die Abgabe des Tabaks an die Händler zu dem heute gebotenen Preise. Die Pflanzerschaft glaubt in Anbetracht der hohen Gewinne, die die Fabrikanten aus dem Rohtabak erzielen, berechtigt zu sein, einen größeren Anteil von diesen Gewinnen für sich zu beanspruchen.

Aerztlichen Dienst für Notfälle
haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 28. März:
Dr. Kopp und Dr. Delius.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Keine Kohlennot mehr

80% Kohlenersparnis!

Jede Hausfrau wird im stande sein, mit einem ½ Brikett oder 250 Gramm Kohlen, :: Torf oder Holz auf dem Koch-Apparat ::

Küchenschatz

ihr Mittagessen in allerkürzester Zeit herzustellen. **Am Freitag, den 26. u. Sonnabend, den 27. März,** findet von 1—7 Uhr abends

im Restaurant „Alte Börse"

Hämelingerstrasse Nr. 4 eine **Vorführung** des Koch-Apparates statt. Mein Kocher passt für jeden Herd, für jeden Topf. In 8 Tagen hat jede Hausfrau den Preis meines Kochers an Kohlen erspart.

Nur 2 Tage! **Kein Kaufzwang!**

R. Holtmann.

Friedrichs-Gymnasium Herford.

Die Prüfung der für die Sexta des Gymnasiums angemeldeten Schüler findet am **Mittwoch, den 31. März, morgens 9 Uhr,** im Gymnasium statt. Das letzte Schulzeugnis sowie Schreibmaterial sind mitzubringen.

Deneke, Gymnasialdirektor.

Versteigerung.

Im freiwilligen Auftrage werde ich am **Sonnabend, den 27. März, mittags 12 Uhr, im Bürgerverein,**

1 Tafelklavier, 1 Sofa, 2 Sessel, 1 kl. Sofa, 1 Küchenschrank, 1 Topfschrank, 1 Kochmaschine, 1 Kleiderschrank, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Oberbett, 2 Unterbetten u. mehrere Pfühle und Kissen, 1 Waschtisch, 1 Kommode, 1 Damenfahrrad, 1 Nähmaschine, 1 Vogelbauer, 1 kl. Handwagen, div. Kinderwagen, 1 Waschmaschine, div. Bilder u. sonstige Haus- und Küchengeräte,

öffentlich meistb. gegen Barzahlung versteigern.

Die Sachen sind gebraucht, gut erhalten und von 11 Uhr an zu besichtigen.

Robert Formel, Auktionator, Hollandstraße 49.

Alt-Eisen, Lumpen und Metalle

kauft zu Tagespreisen.

Produktenhandlung Fr. Schaminsky,

Hollandstr. 27. Einfahrt Endebuttstr.

Pferdefutter!

Melasseschnitzel, Trockenschnitzel, Haferschalen, Mischfutter „Hafergold", Dörrweißkohl, Palmkern-Schrot (Schweinefutter) sowie sämtliche Feldsämereien, Wiese- und Weidemischungen empfiehlt

Kornhaus Herford, G. m. b. H.

Tüchtiger Autogenschweißer

für Rahmen zu sofort gesucht.

Trianon-Fahrradwerke Heinrich Wittler jun., Deichtorstraße 3.

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert

Fernruf 83 Buchdruckerei Fr. Kuhle Rennstr. 29/31

Kleiner, langhariger, schwarz-weiss-roter **Schosshund,** auf den Namen „Schnurzel" hörend, ist abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Ww. Saalfeld, Höckerstr. 5.

Mitteldeutscher Verein reisender Schausteller pp., Sitz Herford.

Großes Frühlings-Volksfest

auf dem Lübberbruch

Sonnabend und Sonntag, den 27. u. 28. d. Mts.

Aufgestellt sind nur erstklassige Geschäfte, unter anderem:

Berg- u. Talbahn, Auto-Karussel, Teufels-Rad, Circus-Varieté, Dom-Jack, das Weltwunder, Museum à la Casten-Berlin, Verzaubertes Schloß, Hexenkessel, Illusions-Theater, Schaukel sowie Schieß- und Spielbuden aller Art.

Um zahlreichen Besuch bittet im Auftrage der Mitglieder: **Der Vorstand.**

Private Unterrichtsanstalten

zu Bückeburg.

1. Vorbereitungsanstalt für alle Prüfungen.
2. Höhere Handelsschule und Handelsschule mit volkswirtschaftlichen Kursen.
3. Familien-Internat nach modernen Erziehungsgrundsätzen.

Prospekte und Jahresbericht durch den Direktor.

Unterrichtsbeginn 15. April 1920.

Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik

Berlin SW. 68.

Dem Vaterlande, nicht der Partei!

Was auch die Zeit dem Deutschen Reiche bringen mag, stets wird dies unser Wahlspruch bleiben. Wir werden weiter mannhaft für das Bestehen des deutschen Vaterlandes und seiner Kulturgüter kämpfen und für die Förderung der für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensbedingungen eintreten. Das deutsche Geistesleben, Kunst und Wissenschaft, werden durch unsere bekannte tägliche Unterhaltungsbeilage gepflegt, deren führende Stellung von der gesamten deutschen Presse anerkannt ist. Ausgabe morgens und abends. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Bezugspreis frei Haus monatlich M. 8,00 und 65 Pf. Bestellgeld, vierteljährlich M. 24,00 und 1,95 Pf. Bestellgeld. Der erste Monat wird zur Probe zum Vorzugspreis von M. 6,00 frei Haus geliefert. Bestellungen hierauf sind nur an die Vertriebsabteilung der „Täglichen Rundschau", Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7-8, zu richten.

Schneller Lieferungswagen

12/22 PS., 4 Zyl., Dürkopp 1911, tadelloser Zustand, fahrbereit, gute Vollgummibereifung, Ladefläche 135 mal 160 cm, Tragfähigkeit 10 Zentner, sofort zu verkaufen. Gefl. Anfragen erbeten an die Geschäftsst. dieser Ztg. unter Nr. 6948.

Eine gutehaltene **Anrichte** zu verkaufen.

Nachzufr. unter 6812 in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schäferhund

fuchsfarbig auf den Namen Roland hörend, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Trianon Fahrradwerke, Deichtorstraße 3.

Abaris-Waschpulver

frisch eingetroffen

Drogerie **Schmidt.**

Hoffmann's Bart

vernichtet verblüffend

Goldgnist

5-fach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten Packung f. eine Kur ausreichend M. 3.75 Vorzugspackung M 6 nur in rotgelben Kartons in Apotheken und Drogerien.

Kaufe laufend

Ziegenlämmer

zu den höchsten Preisen.

Engelbert Krehmeier

Ahmserstraße 63.

1 Treppe rechts.

Blumen und Gemüsesämereien

in bester keimfähiger Ware.

Blumenhandlung **Herm. Beckert Nachf.** Alter Markt 2.

Ein Fuder Dünger

gegen Häcksel oder Stroh gesucht

Heinrich Holle, Eimterstraße 91.

Ausschneiden und abgeben Rennstraße 29/31 oder dem Zeitungsboten.

Zeitungsbestellung.

Unterzeichneter bestellt hiermit für die Monate April, Mai, Juni die

„Herforder Zeitung für Stadt und Land".

Name: .....

Ort: .....
(genaue Adresse).

Kirche der christlichen Wissenschaft.

(Christian Science)
Herford, Göbenstraße 58.
Gottesdienst: Sonntag, morgens 10 Uhr.
Versammlungen: Mittwoch, abends 8½ Uhr.

Suche für meinen Sohn (Sekunda-Reife)

Stellung

als **Lehrling** in einem besseren Detailgeschäft, Kontor einer Großhandlung oder Fabrik. Angebote an d. Geschäftsst. d. Zeitung unter 6824.

Tüchtige Holzbildhauer

für einfache und bessere Arbeit bei gut. Lohn sof. dauernd gesucht.

Blatt & Schneider Johannisstraße 16.

Tüchtigen

Schneidergehilfen

sucht. **Fr. Schröder,** Lübberstr. 17

Schmiedelehrling

zum 1. April oder später gesucht.

Gottlieb Nolting, Johannisstraße 31.

Ein **jüngeres** evtl. **schulentlassenes**

Mädchen

für leichte Arbeit im Hause während der Vor- und Nachmittage sucht sofort oder zum 1. April

Musiklehrer Gröppler, Bielefelderstraße 23.

Mädchen

welche Ostern die Schule verlassen, stellt ein

Adolf Hartenstein, Kartonnagenfabrik.

Mädchen

für Haus und Küche zu baldigstem Eintritt gesucht.

Hansastraße 51

4 Wochen alter, gesunder Knabe ist in

gute Pflege

zu geben, am liebsten bei kinderlosen Leuten. Angebote an **Schwester Martha Schreiber,** Elisenstraße 184I.

Misericordia

Wahnsinn

Harakiri

Brinkmanns Saal.

Heute, Freitag abend 8 Uhr:

Drittes städtisches Volkskonzert.

Das Vorlesungs-Verzeichnis der

Universität Greifswald

für das Sommer-Semester 1920 ist erschienen und wird auf Wunsch übersandt.

Prima

Bohnerwachs!

Max Ach, Gänsemarkt.

Ein Kinderwagen, ein Kinderstuhl und einige **Lampen** billig abzugeben.

Wo, sagt unter 6956 die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kaufe

Ziegenlämmchen

(Böckchen)

und alle Sorten **Felle** zu hohen Preisen.

Julius Löwenstern, Bügelstraße 5.

Habe **Sonnabend** wieder einen Posten schwere und mittlere

Ferkel

in meinen Stallungen zum Verkauf stehen.

H. Reinke, Viehhandlung, **Eickum bei Herford,** Fernruf Enger 199.

Verordnung

betreffend Erhebung einer Abgabe von der Beförderung von Kohle im Landabsatz.

Auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 und des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wird für den Umfang des Regierungsbezirks Minden folgendes angeordnet:

§ 1. Für die durch den Landabsatz der Kohle erfolgende erhöhte Abnutzung und Beschädigung der Kunststraßen und sonstigen öffentlichen Wege ist für Kohle (jeglicher Art von Kohle, Koks oder Briketts), die auf Landabsatzschein (Bekanntmachung über den Landabsatz der Kohle im Gebiete der amtlichen Verteilungsstelle für Ruhrkohlen in Essen vom 9. August 1919) bezogen wird, an den Provinzialverband der Provinz Westfalen eine Abgabe zu entrichten. Diese Abgabe beträgt bis auf weiteres für je 10 Zentner innerhalb einer Entfernung bis 10 Kilometer von der Zeche bis zum Endpunkte des Landtransportes (Zone 1) 1,00 ℳ, bis zu 20 Kilometer (Zone 2) 2,00 ℳ, über 20 Kilometer (Zone 3) 3,00 ℳ.

Jede angefangenen 10 Zentner werden voll gerechnet. Als Entfernung gilt die Entfernung von der Ortsmitte der Gemeinde, in der die Zeche liegt, bis zur Ortsmitte der Gemeinde, in der der Landtransport endet, auch wenn der Endpunkt des Landtransportes in der Rheinprovinz liegt. Die Sätze der Zone 1 finden in jedem Falle Anwendung, wenn Zeche und Endpunkt des Landtransportes in derselben Gemeinde liegen. Maßgebend für die Berechnung ist die nächste fahrbare Entfernung.

Der Bezug von Kohlen auf Landabsatzschein mit der Klein- oder Straßenbahn ist nicht Landabsatz im Sinne dieser Verordnung. Das Gleiche gilt auch für Deputatkohlen, soweit sie auf Landabsatzschein bezogen werden sollen.

§ 2. Die Abgabe ist vom Bezieher der Kohle zu entrichten. Sie wird von der Zeche, von der die Kohlen bezogen werden, für den Provinzialverband vereinnahmt.

§ 3. Zum Zweck der Hebung der Abgabe ist in den Landabsatzscheinen von der Ausgabestelle durch den Vermerk Zone 1, Zone 2 oder Zone 3 anzugeben, über welche der in § 2 angegebenen Entfernungen sich der Landtransport erstreckt. Falls eine Zonenangabe in dem Landabsatzschein nicht enthalten ist, werden die Sätze nach den für Zone 3 maßgebenden Beträgen berechnet.

Die Zechen haben in dem Landabsatztagebuch (§ 14 der Bekanntmachung über den Landabsatz der Kohle im Gebiete der amtlichen Verteilungsstelle für Ruhrkohle in Essen vom 9. August 1919) bei jeder Fuhre die Entfernungszone, wie sie auf dem Landabsatzschein eingetragen ist, und den Betrag der für die Fuhre zu entrichtenden Abgabe zu vermerken.

§ 4. Die von den Zechen zu erhebenden Abgaben sind monatlich und zwar für den vorangegangenen Monat bis zum 10. des darauffolgenden Monats an den Provinzialverband der Provinz Westfalen abzuführen.

Der Provinzialverband ist berechtigt, durch Beauftragte die ordnungsmäßige Abführung der Abgabe an Hand der Landabsatztagebücher nachzuprüfen.

§ 5. Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe, oder über deren Höhe unterliegen meiner Entscheidung, die endgültig ist. Die Beitreibung der Abgabe erfolgt erforderlichenfalls im Verwaltungszwangsverfahren. (Verordnung vom 15. November 1899 G. S. S. 545).

§ 6. Die Verteilung des Ertrages der Abgabe auf die Wegeunterhaltungspflichtigen und die Bestimmung der für die Verteilung zuständigen Stelle bleibt besonderer Verordnung vorbehalten.

Durch diese Verordnung sollen auch die Härten beseitigt werden, die durch das Bestehen besonderer Abgaben neben dieser Abgabe von der Beförderung der Kohle im Landabsatzwege bedingt sind.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen §§ 2—4 dieser Verordnung werden mit Geldstrafen von drei bis zu tausend Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Gefängnisstrafe tritt, bestraft.

§ 8. Die Verordnung tritt am 15. März 1920 in Kraft.

Minden, den 11. März 1920.

Der Regierungspräsident als Demobilmachungskommissar:

gez. D. Dr. von Campe.

Veröffentlicht!

Herford, den 19. März 1920.

Die Ortskohlenstelle Herford-Stadt.